

*Jugend*

**Das Berliner Tageblatt**  
erscheint täglich des Morgens, mit Ausnahme Montags,  
und ist durch die Redaktion Jerusalemstr. 48, Filiale  
Friedrichstadt; Friedrichstr. 66, Filiale Königstadt;  
Königstr. 50, Filiale Luisenstadt; Prinzenstr. 35,  
sowie durch alle Zeitungsschreiber und Post-Anstalten  
des Reiches zu beziehen.  
Redaktion: Jerusalemstr. 48.



**Der Abonnement-Preis**  
beträgt inklusive Donnerstagabend-Lage „III“ und  
„Sonntagsblatt“, monatlich 5 Mrt. 25 Pf. incl.  
Botenlöhne monatlich 1 Mrt. 75 Pf. durch die Post be-  
zogen 5 Mrt. 25 Pf. Durch  
Ausferne, pr. Zeile 50 Pf. („Berliner Stadt-Anzeiger“  
30 Pf.), werden Jerusalemstr. 48, Filiale Friedrichstadt;  
Friedrichstr. 66, Filiale Königstadt; Königstr. 50,  
Filiale Luisenstadt; Prinzenstr. 35, angenommen.

# Berliner Tageblatt.

Nr. 158.

Berlin, Mittwoch, den 10. Juli 1878.

Hauptblatt.

## Vom Jahresbericht der Altesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Bereits in der gestrigen Nummer dieses Blattes haben wir unter der Rubrik „Tagesübersicht“ den wenig erfreulichen Stand dieses Berichts darüber reflektiert müssen, daß es im vergangenen Jahre mit Handel und Wandel in Berlin mindestens nicht besser geworden ist. Es ist das im Grunde genommen nichts Neues und spricht nur offiziell aus, was Jeder gewußt oder als felsfesternd gegrüßt hat. Allerdings es hat sich noch Mandler mit der stillen Hoffnung getragen, daß sich doch hier und da, wenn auch nicht in seinem eigenen Gewerbezuwege, ein kleine Aufschwung bemerklich mache, welcher als Anfang einer Wirtschaftsbewegung auf der ganzen Linie gelten könnte. Auch diese Hoffnung wird durch die hiesigen Theile des Berichts gänzlich bestätigt; wo auch immer ein kleiner Aufblauen im Laufe eines Jahres sich zeitweise gezeigt hat, was das Schlussurteil doch immer ein gleich unbefriedigendes.

Es sei uns an dieser Stelle gestattet, vorerst den allgemeinen Theil des interessanten Berichts, der sich mit den allgemeinen wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt, an deren Klärung und eventueller Durchführung das Reich, wenn auch nicht immer unabhängig von internationalem Verhältnisse, thätig ist, einem einheitlichen Lebhaft zu unterwerfen. Wir sind weit davon entfernt, die Erwerbsverhältnisse von Berlin als ein in allen Punkten getreues Spiegelbild aller Verhältnisse in Deutschland zu betrachten; wir glauben vielmehr, daß sie in Nord- und Süddeutschland, im Osten und Westen des Reiches, in einzelnen Industriebezirken, in denen namentlich bestimmte Fabrikationswege überwiegender und charakteristisch sind, in See- und in Binnengewässern und endlich in vortheilig ländlichen Bezirken außerordentlich variieren; indessen scheint uns die Mannigfaltigkeit und die Summe des geschäftlichen Lebens, das sich in Berlin entwickelt, dennoch doch eine so schwerwegende Bedeutung zu geben, daß sein Gutsachen in erster Reihe zu hören ist.

Die Unsicherheit der Bedingungen, unter denen unsere Industrien dem Auslaufe gegenüber zu arbeiten haben, sowohl um den Export zu ermöglichen, als einzurichten für den verhinderten Import zu begreifen, ist eine Hauptursache der Lähmung der nationalen Wirtschaft. Die Unzufriedenheit wird nicht mehr absurde sein, daß das Zeitalter der Handelsverträge für Europa ein überwundenes ist und gründlichst bereits hinter uns liegt; ihr Hauptwohlstand befindet in der Bevölkerung, auf 10 bis 12 Jahre diese Bedingungen also tragen der Vertrag unantastbar genau zu kennen und den gewerblichen Betrieb dadurch einzurichten. Die dadurch gewonnene Ruhe und Sicherheit, welche die Industrien notwendig beanspruchen zu müssen, wären ihnen wohl zu gönnen gewesen; allein es muß nun davon erinnert werden, daß einerseits der in immer schnellerem Tempo gehende Fortschritt der Errindungen auf technischen und maschinellen Gebiete und andererseits die immer stärker eingetretene Entwicklung des Eisenbahngesanges und eines nach lediglich Kaufmännischen und einfachen Interessen ausgebildeten Frachtabhängigkeitsmaßstabes der mit so vielen Sorgfalt und oft nach den heftigsten Kämpfen festgestellten Zollpositionen viel rascher verschoben und den gegenwärtigen Handelsvertrag weit von seinem Ablauf vielfach zu einer feinen Hülse gemacht haben.

So entstand allmählich in verschiedenen Ländern die Idee, zu dem alten sogenannten autonomen Tarif zurückzutreten, der sich den „Bedürfnissen der Nation“ in jedem Augenblicke anpassen kann, indem jede Nation selbstständig und durch seinen Vertrag gebunden, ihren Eingangtarif zu ändern vermag; eine Idee, welche sicher nicht ohne innere Berechtigung wäre, wenn es gelänge, ein Verfahren zu ermitteln, welches eine feste Garantie für die unparteiische und von überstreichlichen wirtschaftlichen Geiste durchdrungene Vermittelung des „Bedürfnisses der Nation“ gewährte, und die in eigenmächtiger Einseitigkeit dahinter lauernden schädlichen Interessen. Gedanken, also die vorwiegende Berechtigung des Fabrikanten-Interesses vor dem Konsumtions-Interesse ausschließen.

Der Erfolglosigkeit von der Bedeutung dieses Gedankens haben sich auch die Altesten der Kaufmannschaft von Berlin nicht verschließen können. Der Bericht wählt ihn geziert und vorwichtig vor der einen auf die andere Seite, und nachdem er in klarer und durchsichtiger Weise den Weg, den die Aufschümmungen und Bestrebungen in Frankreich durchlaufen haben und der sie jetzt flichtlich denselben Zielen zuführt, dargelegt, nachdem er auf die offen vor uns liegenden gleichartigen Ziele der österreichisch-ungarischen Handelspolitik hingewiesen und der Belästigung unseres Absatzmarktes durch den pro-

bibitiven amerikanischen Tarif gedacht hat, darf er die Stimmung in industriellen und auch wohl kommerziellen Kreisen dahin charakterisieren, daß Deutschland mit dem alten Systeme nicht isolirt auf die Dauer daschen können, und daß es daher am geathentesten erscheine, gleich und voll, wie Österreich und Frankreich, zu dem System der ausstehlich nach eigenem Interesse vorausnehmenden Tarifstellung überzugehen, womit sich dann Angleichungsversuche einzelne Staaten, die uns Konkurrenz machen, verhüpfen lassen.

Doch unter Zolltarif nach einer zwölfjährigen Gelungensperiode, welche so viele Veränderungen des inneren Produktionsbedingungen in sich schlägt, einer Revision bedarf, kann und soll nicht geeignet werden, aber wir sind den Altesten der Kaufmannschaft doch sehr dankbar, daß sie schließlich vor einer grundständlichen Abweichung von der bisherigen Handelspolitik des Zollvereins warnen und es aussprechen, daß eine solche eben so wenig ohne militärische Störung der nationalen Arbeit als ohne Gefährdung wichtiger Handelsbeziehungen vor sich gehen könnte. Was geschieht, dürfe nicht prinzipiell gesehen, sondern müsse in ruhiger Erwagung vom Zoll zu Zoll festgestellt werden. Dieses Vorurtheil wiegt um so schwerer, als es von einer Korporation ausgeht, deren Kommittenten denn doch höchstlich von uns Protagonisten oder Händler sind.

Zunächst ein neuer Gedanke, der nachgegeben sein soll für die zwischen internationalen Beziehungen, ringt flichtlich um seine Gültigkeit und sucht zum Durchbruch zu kommen. Es scheint uns, als ob die Zeit der Aufstellung einer neuen Systematik und der Anwendung von Schismatismus überhaupt nicht gereift ist. Das Charakteristische derselben in der Politik ist ja schon lange die „Abhandlung von Fall zu Fall“; an die Stelle des Systems tritt die Praxis, und so führt uns vielleicht die gähnende Zeit über den prinzipiellen Gegensatz von Freihandel und Schutzpolizismus hinweg und zeigt uns beide als Ausflüsse eines und deselben wirtschaftlichen Gedankens, der nur die eine Begriffsspalzung, der Nüchternheit und der Notwendigkeit in sich trägt.

Als eine zweite schwere Ursache für die Unsicherheit der Produktionsbedingungen führt der Bericht, wie bereits oben angeführt, die Unstetigkeit und Wandelbarkeit unserer Transportverhältnisse an. Die Ungewissheit über die zukünftigen Beziehungen der Eisenbahnen läßt die Privatspeculation und den Ausbau des Bahnsystems; der stampft zwischen der Autorität des Staates und dem Privatrechte, läßt zu seiner gefederten Gleicherung des Frachtkostens kommen; lokale Besonderheiten, temporäre Wandlungen führen die Sicherheit grundlegender Berechnungen. Dach im Zoll und im Frachtabwesen gleichzeitig Licht und möglichste Einsicht geschaffen werde, muß als die vornehmste Aufgabe der Parlamente in den nächsten Jahren betrachtet werden; es ist die Vorbereitung einer Bürgschaft gebährdenden Sicherung in unserer getümmlten wirtschaftlichen Existenz, und „es führt kein anderer Weg nach Ruhm“! Man sollte daher bei den bevorstehenden Wahlen mindestens ebenso sehr, wie nach dem politischen oder nach dem religiösen, auch nach dem wirtschaftlichen Glaubensbekenntnisse fragen.

## Ein seltsames Schriftstück.

Das offizielle Wolffsche Telegraphenbüro übermittelte uns aus Petersburg ein seltsames Schriftstück. Es ist eine Kundgebung, die der Prinz Peter von Oldenburg eigenhändig niedergeschrieben und in den hohen Kreisen der russischen Aristokratie hat von Hand zu Hand geben lassen. Der Prinz hat darin aufs Feinmuthige und Nachdrückliche seine stetsmerken Gedanken über die Gebrechen und Mängel unserer Zeit niedergelegt und zugleich anbedeutungsweise den Weg gewiesen, wie dem allgemeinen Rothstand durch eine offene Verständigung der europäischen Mächte abgeholfen werden könnte. Dach diese Gedanken nicht schon vor längerer Zeit, sondern erst in diesen Tagen niedergeschrieben sein können, geht ungewöhnlich aus den wiederholten Hinweisern auf die Staatsmänner-Beratung hervor, die uns Anfang des Kongresses gegenwärtig in Berlin veranstaltet ist. Dach der Prinz Peter von Oldenburg einer der vornehmsten und ehrgeizigen Vertreter der Friedenspolitik ist, wie das Wolffsche Büro zur Erklärung seiner kleinen Denkschrift ausdrücklich hinausfügt, horc man allerdings längst gewußt; dennoch aber muß es überraschen, daß er, ein Mann aus den kleinen Kreise der europäischen Regentenfamilien, sich bewegen konnte, seine Herzensmeinung mit so unmündiger Markeit und Entschiedtheit der Öffentlichkeit zu übergeben. Sein Memorandum hat folgenden Wortlaut:

„Es gibt flichtliche Augenblicke im Leben der Individuen, es gibt solche nicht minder im Leben der Nationen. Besonders flichtlich ist der gegenwärtige Augenblick, wo die Chefs der Kabinete und die Delegierten der Großmächte in Berlin zusammengetreten sind, um einen durchzahenden Krieg der Ewigkeit zu machen und Europa einen soliden Frieden zu sichern, für welchen hoffentlich ein gebietserliches Bedürfnis empfunden.

Unter sehr schmerzlichen Umständen findet diese Vereinigung statt. Die ganze Welt, erschreckt durch die entsetzlichen Ereignisse, die sich in Berlin vollzogen haben, fragt sich: „Woher gelangen wir?“ Sollen wir einer wilden Vereinigung zu Seite werden, die sich die Internationale nennt und welche die Solidarität des Verbündeten dahin zielt, die Grundlagen der Freiheitlichkeit zu erhalten, die Thron und die Regierungen zu stürzen und die Religion zu vernichten?

Die Ideen des Sozialismus verbreiten sich in erschreckenden Geschäftszonen; und die Geschichte liefert uns den Beweis, daß man die Ideen nicht durch Bojanette bekämpfen kann, daß das Schwert des Justus wohl die Schulter trennen, aber nicht die Kleine verbrecherischer Auseinandersetzung kann, daß, um diesen Zweck zu erreichen, es einer über-einstimmenden und gleichzeitigen Aktion aller Souveräne und Regierungen bedarf, welche durch Gottes Gnade an die Spine der Nationen gesetzt sind.

Unglücklicher Weise mag man gestehen, daß trotz der ganzen Verfehlung der Ideen des Sozialismus die Regierungen denselben Vorrände der Unzufriedenheit durch das Nebemah ihrer Forderungen liefern, unter denen die Blutsteuer diejenige ist, welche am schwersten auf den Bevölkerungen lastet. Neben wir nicht von allen den Schreien des Krieges, welcher den Frauen die Satten, den Kindern die Väter, den Familien die Söhne raubt, der so viele kräftige Arme dem Alterbahn und der Jugend entzieht, und welcher in kürzer Zeit die schönen Regimenter, die an der Blüthe der Bevölkerung bestehen, im Haufen von Leichen und Verstummelten umwandelt. Ist das Christentum! Ist das Christentum! Wie das das 19. Jahrhundert! Man ruft Wohltätigkeitsanstalten und philanthropische Einrichtungen ins Leben, man gründet selbst Thierschugereine und man vernichtet Menschen zur Schlagbahn!

Es genigt also nicht einen Frieden zu schließen, so ehewoll derselbe immer sein mag, wenn man den bewaffneten Frieden fortführt, welcher die Geiseln aller Regierungen ist, weil er sie der Mutter bedient, um dem Volke zu Hilfe zu kommen (soulager) und die der inneren Verwaltung unerlässlichen Verbesserungen einzutreten zu lassen.

Die Regierung muß über eine reziputable, bewaffnete Macht disponieren, die ihrer politischen und geographischen Positionen wie den lebensförderungen ihrer Geschichte entspricht; dieselbe abschaffen, wäre eine verbrecherische und funstige Idee, aber das gegenwärtige System der Massen-Aushebung, welches von Nobespierre erfunden ist, muß geändert werden.

Die Wünste und Gebete aller guten Menschen begleiten die großen Staatsmänner, welche sich in Berlin versammeln. Möchten ihre Bemühungen gelingen, um den Frieden, die Wohlfahrt Europas zu sichern, indem sie die Menschheit von der Geiseln des Krieges befreien, dadurch werden sie sich in der Geschichte unsterblich machen und die Nachwelt wird sie segnen.

Es ist wohl das erste Mal, daß das Volk von so hoher Stelle aus ein solches Urtheil über den Unfug des zu weit getriebenen Militärischen zu hören bekommt. Was bedeutet aber diese seltsame Kundgebung? Sollen wir annehmen, daß das sonst mit unsrer Regierung in so intimer Fühlung stehende Wolffsche Bureau in diesem Hause ohne Vorwissen derselben das Schriftstück in die Öffentlichkeit gebracht? Es würde uns schwer fallen, dergleichen zu glauben. Wer daselbe aber mit Vorwissen der Regierung veröffentlicht, so liegt die Vermuthung nahe genug, daß man einen besondren Zweck dabei im Auge habe. Welches kann dieser Zweck sein? Wäre wirklich der Augenblick gekommen, daß die europäischen Regierungen, ans Gesichts der Unmündigkeit, ihre gigantischen Heeresmassen auf die Dauer in ihrem bisherigen Umfang gerüstet zu halten, auf eine allgemeine Abrüstung Bedarf zu nehmen geneigt sind? Oder wäre Fürst Bismarck selbst dann, wenn wirklich eine allseitige Abrüstung nicht zu erzielen sein sollte, dennoch entschlossen, in Deutschland mit einer teilweisen Abrüstung vorsorge zu gehen? Es sind seltsame Vermuthungen, auf welche die Letzte dieser eigenhümlichen Appells an die Souveräne Europas bringen muß. Soviel ist gewiß, wenn die Regierung jetzt, sofort, noch vor den Wahlen, auch nur halbwegs auf die Ideen des oldenburgischen Prinzen einging, sie würde mit einem Schlag der gesammelten Wahlbewegung eine Wendung geben, von deren immensen Erfolg sich heute selbst ihre begeistertesten Anhänger wohl noch nichts träumen lassen.





















